



Hendrik Sittig: „Um Qualitätsjournalismus zu haben, muss man ihn wollen“

НАЧАЛО | ИНТЕРВЮТА

Хендрик Зитих: За да имаш качествена журналистика, трябва да я поискаш

Симона Костадинова | 08:10 | 05 март 2020 | 10 коментара



Свободата на медиите е един от най-важните елементи на демокрацията, а в България ситуацията е тежка и се наблюдава симбиоза между политика и медиите. Това казва в интервю за Mediapool директорът на Медийната програма за Югоизточна Европа на фондация "Конрад Аденауер" Хендрик Зитих. По думите му всеки журналист трябва да осъзнава ролята, която има в обществото, но освен това и самото общество трябва да има съзнание за това, че медиите трябва да са свободни. Това важи и за политиците, които, за съжаление, говорят с презрение и неуважение за журналистите, посочва той.



Хендрик Зитих

Interview mit Hendrik Sittig, Leiter des KAS-Medienprogramms Südosteuropa, für das bulgarische Nachrichtenportal „Mediapool.bg“, veröffentlicht am 5. März 2020. Link zum Originalnachricht: <https://bit.ly/2Ircm0B>

Mediapool: Bulgarien steht innerhalb der EU-Mitgliedsländer am Ende der Rangliste von „Reporter ohne Grenzen“ zur Medienfreiheit. Ein ineffizientes Justizsystem und Korruption wurden als Haupthindernisse für die Meinungsfreiheit angeführt. Die Kontrolle der Medien durch Oligarchen und Politiker ist ebenfalls ein großes Problem und als Beispiel für die Marktmonopolisierung sieht man die Medienkonzentration durch den Geschäftsmann und DPS-Abgeordneten Delyan Peevski. Wie sehen Sie die Situation?

HS: Die Mediensituation in Bulgarien ist nach meiner Erfahrung und aus der Perspektive des deutschen Mediensystems schwierig. Sie wissen vom 111. Platz, dem letzten in der Rangliste unter den EU-Länder. Diese Situation hat sich in den vergangenen Jahren nicht verbessert, sondern verschlechtert und ist in der Tat eine sehr traurige Situation für ein EU-

Mitgliedsland. Leider jedoch ist Bulgarien kein Einzelfall. Die Situation in allen Ländern in Südosteuropa ist ähnlich. Meines Erachtens sollte jede demokratische Institution in Bulgarien das Interesse und die Motivation haben, die Platzierung in dieser Rangliste zu verbessern. Ich denke, jeder Demokrat sollte sich bewusst sein, dass die Medienfreiheit eines der wichtigsten Elemente jeder Demokratie ist. Ziel unseres Medienprogramms ist es, die Arbeit von Journalisten und Medien zu unterstützen. Wir helfen Ihnen gern und geben unsere Unterstützung für die Medienfreiheit.

Mediapool: In wenigen Wochen läuft die vom bulgarischen Parlament festgelegte Frist für die Ausarbeitung eines "Plans zur Entwicklung des Medienumfelds" durch die bulgarische Regierung ab. Ist es Ihrer Meinung nach möglich, dass so eine Problemlösungstaktik gut funktioniert?

HS: Dies ist zumindest ein Zeichen und ein Hoffnungsschimmer. Denn anscheinend wird die schwierige Situation der Medien in Bulgarien auch in den politischen Kreisen als Problem wahrgenommen. Die Medienlandschaft kann nicht von der Gesellschaft getrennt betrachtet werden. Und deshalb ist die Situation in anderen südosteuropäischen Ländern ähnlich, weil sie alle einen langen Transformationsprozess von einem kommunistischen System zu einer Demokratie durchlaufen. Das Problem mit der Presse ist eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft, weil sie das Bewusstsein über die Notwendigkeit für freie Medien entwickeln muss. Ich bin allerdings skeptisch, wenn es eine Symbiose zwischen Politik und Medien gibt. Man muss jedoch sehen, dass Politiker die Orientierung für die gesamte Gesellschaft bestimmen. Daher scheint es mir gut, wenn die politischen Kreise eine ernsthafte Motivation entwickeln würden, sich für Medienfreiheit einzusetzen.

Mediapool: Sie sehen also eine Symbiose zwischen Politik und Medien in Bulgarien?

HS: Ja, leider. Das ist ein grundlegendes Problem in ganz Südosteuropa. Unser Medienprogramm beobachtet die Situation in insgesamt zehn Ländern. Diese Mischung aus Medien, Oligarchen und Politik macht die Mediensituation wirklich schwierig. Grundsätzlich sind Investitionen in Medien natürlich notwendig. Allerdings sollte Investoren bewusst sein, dass Medien frei sein müssen. Ein gutes Beispiel dafür ist Jeff Bezos, Eigentümer von „Amazon“, der die „Washington Post“ gekauft hat. Er investiert in die traditionsreiche Zeitung und gibt den Journalisten Freiheit. Dieses Modell ist gut, da weltweit insbesondere Printmedien wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten haben.

Mediapool: Wie sieht die Situation der öffentlich-rechtlichen Medien aus, insbesondere in den Ländern, in denen Sie eine Symbiose zwischen Politik und Medien sehen?

HS: Dies ist ein Sonderfall. Ich bin ein großer Verfechter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Ich habe 15 Jahre für solche Medien in Deutschland gearbeitet. Öffentlich-rechtliche Sender, wie ich sie aus Deutschland kenne, sind ein bedeutender Bestandteil der Demokratie - wenn sie unabhängig arbeiten können und gut finanziert sind.

Mediapool: In den letzten Jahren gab es in den öffentlich-rechtlichen Medien große Turbulenzen. Das Bulgarische Nationalfernsehen (BNT) ist praktisch bankrott und sein Direktor schlägt Gesetzesänderungen vor, damit das Fernsehen mehr Geld vom Staat erhalten kann, indem es auf kommerzielle Werbung verzichtet. Gleiches gilt für das Bulgarische Nationalradio (BNR). Ist dies Ihrer Meinung nach ein richtiger Ansatz zur Stabilisierung der öffentlich-rechtlichen Medien?

HS: Die Diskussion über die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gibt es europaweit, auch in Deutschland. Völlig unabhängige Sender kann es meines Erachtens nur über das Gebührenmodell geben. Denn nur auf diese Weise kann der öffentlich-rechtliche

Rundfunk Sprecher derjenigen sein, die die Gebühren bezahlen. Hierfür ist jedoch bei allen das Verständnis von Nöten, dass ein unabhängiger öffentlich-rechtlich Rundfunk wichtig für die Gesellschaft ist. Vergangenes Jahr haben wir eine Umfrage in ganz Südosteuropa durchgeführt. Zwei Drittel der Befragten gaben an, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein wichtiger Bestandteil der demokratischen Gesellschaft ist; in Bulgarien waren sogar 80 Prozent dieser Meinung. Gleichzeitig hat jedoch bei der Umfrage das Finanzierungsmodell über Gebühren die geringste Zustimmung erhalten. Es sind also nur wenige Menschen bereit, für dieses Modell zu zahlen. Wenn wir jedoch freie und gut finanzierte öffentliche Medien haben wollen, müssen wir auch einen Weg finden, um dies zu ermöglichen. Öffentlich-rechtliche Sender sollten eine Quelle objektiver, seriöser und glaubwürdiger Information sein, insbesondere vor dem Hintergrund von Falschnachrichten. Wenn das Finanzierungsmodell durch Rundfunkgebühren möglicherweise nicht durchsetzbar ist, muss ein anderes Modell gefunden werden. Im Prinzip spricht nichts dagegen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch den Staatshaushalt zu finanzieren. Es gibt Länder in Europa, in denen dies der Fall ist. Wenn dieses Modell gewählt wird, muss jedoch im Gesetz festgelegt werden, dass die Finanzierung konstant ist und nicht jedes Jahr geändert wird. Es muss auch gesetzlich sichergestellt sein, dass kein Politiker Einfluss auf die Medien ausüben darf.

Ein weiteres Risiko des politischen Einflusses liegt bei der Wahl der Aufsichtsgremien, die hier meist von politischen Kreisen bestimmt werden. Hier möchte ich auf das deutsche Modell verweisen. Wir haben auch Rundfunkräte, die unter anderem Intendanten wählen und die Etats festlegen, aber keine Kontrolle - weder direkt noch indirekt - über die Berichterstattung ausüben. In Deutschland sind diese Räte praktisch ein Spiegel der Gesellschaft. Sie haben je nach Sender mehr als 30 Mitglieder, die von bedeutenden Gesellschaftsgruppen nominiert und ausgewählt werden.

Mediapool: Wie werden diese Gruppen bestimmt?

HS: Es gibt Rundfunkgesetze, in denen sie definiert sind. Zu diesen Gruppen gehören auch Parteien, aber vor einigen Jahren hat der deutsche Gesetzgeber festgelegt, dass sie maximal 30 Prozent eines Rundfunkrats besetzen dürfen. Andere Organisationen sind zum Beispiel Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Sport- und Umweltschutz-Organisationen, die Kirchen, Organisationen von Menschen mit Behinderungen usw. Alle wählen selbstständig ihre eigenen Vertreter. Durch diese breite Zusammensetzung kann kein politischer Einfluss ausgeübt werden, so wie wir es hier leider oft beobachten.

Mediapool: Im vergangenen Jahr wurde BNR von einem Skandal erschüttert - eine langjährig erfahrene und unabhängige Journalistin, wurde suspendiert und es kam zum Sendestopp des Programms „Horizont“. Journalisten bezeugten Druck seitens des damaligen Direktors. Trotz der scharfen Reaktion internationaler Organisationen sowie des Medienprogramms der Konrad-Adenauer-Stiftung hat die BNR-Krise keine ernsthafte politische Debatte zum Thema Medienfreiheit ausgelöst. Aus Ihrer Sicht warum?

HS: Wir haben den Skandal verfolgt. Es war aus meiner Sicht eine skurrile Situation. Und, zumindest soweit ich informiert bin, wurde hier zum ersten Mal deutlich, wie Druck von außen ausgeübt wird. Aber in der Tat ist dadurch leider keine nachhaltige Debatte ausgelöst worden, trotzdem habe ich einige positive Dinge gesehen. Zum Beispiel die Solidarität der BNR-Journalisten untereinander oder auch die zahlreichen Demonstranten vor dem BNR-Gebäude, die ihre Unterstützung zeigten. Für mich als ehemaliger Journalist ist BNR einer der wenigen Leuchttürme der wirklichen Pressefreiheit in Bulgarien. Dem neuen Intendanten wünsche ich eine glückliche Hand, damit diese Freiheit erhalten bleibt. Aber ich würde mich natürlich freuen, wenn eine öffentliche Diskussion über die Medienfreiheit beginnen würde, um das Bewusstsein der Gesellschaft zu diesem Thema zu wecken.

Mediapool: Wie kann Ihrer Meinung nach die Unabhängigkeit der Medien garantiert werden?

HS: Das ist ein großes Thema. Zunächst einmal bedarf es eines öffentlichen Bewusstseins, dass die Medien frei sein müssen. Diese Einstellung sollte sich auch in den politischen Kreisen verankern. Leider erleben wir immer häufiger weltweit das Problem, das Politiker mit Verachtung und Respektlosigkeit über Journalisten sprechen. Sie schaffen damit eine Atmosphäre, in der das Vertrauen in die Journalisten und ihre Arbeit abnimmt. Leider beobachten wir das aktuell auch in alten demokratischen Ländern wie den USA. Hinzu kommt der Umgang mit Sozialen Medien, durch die eine giftige Atmosphäre noch erheblich verstärkt wird. Wie kann sich dies jedoch ändern? Es muss sich das Bewusstsein entwickeln, dass Qualitätsjournalismus notwendig ist. Das muss unter Politikern, aber auch unter Journalisten vorhanden sein. Weil Journalismus ein Handwerk ist und zwar ein ernstes, das man lernen muss. Jeder Journalist sollte sich seiner Rolle in der Gesellschaft bewusst sein. In Deutschland gibt es ein Motto, das jedem jungen Journalisten auf den Weg gegeben wird: "Der Journalist berichtet, was ist." Ein Teil dieser objektiven Reflexion besteht darin, Fragen zu stellen und die Meinung aller Beteiligten zu prüfen, damit Leser, Hörer oder Zuschauer sich eigene Meinungen bilden können. Ein weiteres Problem in ganz Südosteuropa sind die schwierigen Bedingungen, unter denen Journalisten arbeiten. Ich meine damit, die niedrigen Gehälter und teilweise prekären Arbeitsverträge. Journalisten erfüllen wichtige Aufgaben und müssen dementsprechend auch bezahlt werden. Gleichwohl ist mir natürlich bewusst, dass viele Medien finanzielle Schwierigkeiten und nicht genügend Ressourcen zur Verfügung haben.

Mediapool: Sie haben die Geringschätzung von Journalisten durch Politiker erwähnt. Was zeigt die Tatsache, dass Politiker in Bulgarien es wagen, Journalisten mit Worten wie "Pute" anzusprechen?

HS: Ich kann dem nur mit einem Appell an die demokratischen Kräfte entgegen, sich bewusst zu machen, was die Elemente einer demokratischen Gesellschaft sind und wie wichtig die Demokratie ist. Die Aufgabe, eine freie Medienumgebung zu schaffen, ist eine Aufgabe für alle. Ein Teil davon ist auch die Journalistenausbildung. Journalisten müssen gut ausgebildet sein. Als Medienprogramm arbeiten wir daran und haben u.a. eine Kooperation mit der Sofioter Universität. Zweimal im Jahr, im Frühjahr und Herbst, laden wir führende deutsche Journalisten ein, um hier ihre journalistischen Erfahrungen mit den Studenten zu teilen.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)